

Landeshochschulkonferenz Hamburg

(Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten, Rektorinnen und Rektoren der Hochschulen):

Bucerius Law School, Hochschule für Rechtswissenschaft

Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie

HafenCity Universität Hamburg

Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hochschule für bildende Künste Hamburg

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Technische Universität Hamburg-Harburg

Universität Hamburg

Forderungen und Empfehlungen der Landeshochschulkonferenz Hamburg an die Hamburger Wissenschaftspolitik aus Anlass der Bürgerschaftswahl 2015

Die Präsidentin der HAW und die Präsidenten der Hamburger Hochschulen arbeiten an einer Denkschrift zum Wissenschaftssystem der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie werden ihre Studie nach der Bürgerschaftswahl der Öffentlichkeit und den Verantwortlichen in Politik und Administration zur Verfügung stellen. Unabhängig von dieser Selbstpositionierung der Hochschulleitungen zur künftigen Struktur des Wissenschaftssystems formulieren die Präsidentin und die Präsidenten Erwartungen und Empfehlungen an eine künftige Hochschulpolitik. Dadurch erfüllen sie ihre Verpflichtung gemäß §81.1 HmbHG, demzufolge Präsidentin und Präsidenten „für die strategische Entwicklung der Hochschule“ Sorge tragen sollen, „für wichtige Angelegenheiten der Hochschule persönlich einzutreten“ haben und „grundlegende Entwicklungen hinsichtlich der Forschung und Lehre in der Hochschule anzustoßen und zu fördern“ angehalten sind:

1. Politischer Umgang mit den Hochschulen

- 1.1 Die Hochschulen erwarten von der künftigen Wissenschaftspolitik eine partnerschaftliche Auseinandersetzung über die Zukunftsentwicklung des Wissenschaftsstandortes Hamburg, gemeinsam mit den Hochschulen.
- 1.2 Die Hochschulen erwarten, dass die künftige Wissenschaftspolitik gemeinsam mit ihnen die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Hochschulen durch die Entwicklung neuer institutioneller und prozessualer Formate sowie durch deren finanzielle Absicherung unterstützt.
- 1.3 Die Hochschulen erwarten, dass die ständig zunehmenden Leistungen und Leistungserwartungen von wachsenden Budgets begleitet werden.
- 1.4 Die Hochschulen erwarten Planungsruhe für die erfolgreiche Umsetzung ihrer eigenen Zukunftskonzepte und den Aufbau ihrer Neugründungen.

- 1.5 Die Hochschulen erwarten, dass künftige Wissenschaftspolitik und Öffentlichkeit den grundlegenden Wandel der Hamburger Hochschulen zur Kenntnis nehmen und wertschätzen.
2. Wissenschaftsfinanzierung
 - 2.1 Die Unterfinanzierung der Hamburger Hochschulen muss beendet werden. Es ist ein Budgetsteigerungsplan zu entwickeln, der den Finanzierungsrückstand gegenüber anderen Standorten von bis zu 25% in einem Zeitraum von fünf Jahren überwindet.
 - 2.2 Die Politik muss ein Konzept für die Beantragung der Bundesförderung von Forschungsbauten und -geräten aufgrund des Fortfalls von Artikel 91b vorlegen.
 - 2.3 Die Finanzierung der Hamburger Hochschulen darf nicht länger ausschließlich an Studienplatzzahlen orientiert werden, die noch dazu unterbudgetiert sind, sondern sie muss sich nach den Erfordernissen von Forschung und Entwicklung richten.
 - 2.4 Die bisherige Diskussion über die Rücklagen der Hochschulen stiftet Verwirrung. Die Öffentlichkeit muss sachgerecht darüber informiert werden, dass der größte Teil der Rücklagen durch rechtliche Verpflichtungen in der Zukunft gebunden ist und nicht zum Ausgleich der Unterfinanzierung zur Verfügung steht.
 - 2.5 Die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass die Hamburgischen Hochschulen im zunehmenden Wettbewerb um Talente und Personal konkurrenzfähig sind. Die Anpassung der W-Besoldung und die angemessene Finanzierung des wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personals sind hierfür notwendige Schritte.
3. Akademische Lehre
 - 3.1 Die ständige Erweiterung der Studienanfängerplatzzahlen, lediglich finanziert durch Sonderprogramme des Bundes, ist qualitativ nicht verantwortbar, solange eine Verstetigung der Beschäftigungsverhältnisse für das Lehrpersonal nicht zugesagt werden kann.
 - 3.2 Die Hamburger Hochschulen erwarten, dass die Politik sich in der KMK für den Ersatz der Akkreditierungspraxis, zum Beispiel durch ein Auditierungssystem zur Qualitätssicherung einsetzt.
 - 3.3 Die Hochschulen stellen sich der Analyse von Studienerfolgen. Sie stellen aber fest, dass die Messung von Input-Output-Relationen nicht die geeignete Methode dafür ist.
 - 3.4 Die Hochschulen stellen fest, dass Reformen der Lehre nicht Angelegenheiten des Staates, sondern der Hochschulen sind. Sie erfolgen von innen.
4. Die Hamburger Hochschulen und ihre institutionelle Umwelt
 - 4.1 Die Hamburger Hochschulen arbeiten intensiv mit außeruniversitären Einrichtungen aus wissenschaftlichen, nicht aus fiskalischen Gründen zusammen.

- 4.2 Die Hochschulen erwarten eine breite Förderung ihrer Gründertätigkeit, wofür die Einrichtung von Innovationsinkubatoren ein wichtiger Schritt ist.
 - 4.3 Die Hochschulen erwarten eine ernsthafte Auseinandersetzung und Planungsbereitschaft der Politik für die Gründung und Förderung von Einrichtungen, die für einen internationalen Wissenschaftsstandort von Rang selbstverständlich und erforderlich sind.
 - 4.4 Die Hochschulen erwarten, dass nichtwissenschaftliche Dienstleistungen für die Stadt (z.B. Botanischer Garten, Kulturangebote etc.) auf dem Wege der Vollkostenrechnung gesondert budgetiert werden, so dass für deren Angebot, das die Hochschulen gerne unterbreiten, nicht Finanzmittel zweckentfremdet werden müssen, die für die Wissenschaft zugewiesen wurden.
5. Internationalisierung
- 5.1 Die Hochschulen erwarten die Bereitstellung von geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für internationale Studierende und wissenschaftliche Gäste.
 - 5.2 Die Hochschulen erwarten, dass der Umgang mit ausländischen Studienbewerbern in den zuständigen Ausländerbehörden zügig, flexibel und respektvoll erfolgt.
 - 5.3 Die Hochschulen erwarten, dass bei der Kapazitätsberechnung für die Studiengänge grundsätzlich ein Auslandssemester für jeden Studierenden und jede Studierende vorgesehen wird.
 - 5.4 Zur Erhöhung der Zahl ausländischer Studierender muss die Zahl von für diese Gruppe reservierten Studienplätzen erhöht und als Anreiz ein Stipendiensystem der Stadt für ausländische Studierende eingerichtet werden.
6. Verwaltungskultur
- 6.1 Die Hochschulen erwarten die Wiederherstellung ihrer Autonomie in einer Hochschulgesetznovelle.
 - 6.2 Die Hochschulen erwarten von der Behördenverwaltung Service statt Fachaufsicht und eine Reduktion der bürokratischen Beanspruchungen.
 - 6.3 Die Hochschulen erwarten die Abschaffung von Rechtsregelungen, die der Entwicklung von Kreativität in Wissenschaft und Kunst hinderlich sind.

Die Leitungen der Hochschulen setzen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems weiterhin auf einen kooperativen Dialog mit der Politik der Freien und Hansestadt Hamburg, damit die vorgebrachten Forderungen und Empfehlungen auch tatsächlich realisiert werden.

Hamburg, 29. Januar 2015